



20.039

Dringliche Änderung des Luftfahrtgesetzes angesichts der Covid-19-Krise

Révision partielle urgente de la loi fédérale sur l'aviation face à la crise du Covid-19

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.05.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.05.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.05.20 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.20 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.05.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über die Luftfahrt Loi fédérale sur l'aviation

Art. 102a Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 102a al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Der Ständerat und der Nationalrat haben eine Einigung gefunden: Wir haben einstimmig entschieden, dass die Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen an ausländische oder ausländisch dominierte Unternehmen die Absicherung durch Beteiligungsrechte in gleichem Umfang oder gleichwertige Sicherheitsmassnahmen seien.

Das wurde einstimmig angenommen. Der Bundesrat hofft, diesen Gesetzesartikel nicht zu brauchen. Das ist die letzte Differenz. Wir bitten Sie, dem zuzustimmen.

Borloz Frédéric (RL, VD), pour la commission: Je prends une minute pour vous dire – le débat a eu lieu ce matin, et on l'a tous encore en tête – que le Conseil des Etats a modifié la proposition de la minorité I (Bregy), en supprimant la phrase suivante: "Pour les filiales d'entreprises étrangères ou dominées par des groupes étrangers, cette condition s'applique de la même façon que pour la société mère."

Le Conseil des Etats a donc accepté le projet que nous avons décidé ce matin, avec cette petite modification. La Commission des transports et des télécommunications, réunie cet après-midi à 15h45, vous propose à l'unanimité d'en faire de même.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: So viel Einigkeit heute Abend! Ich kann gerne bestätigen, dass auch der Bundesrat den vom Ständerat gefundenen Kompromiss unterstützen kann. Vielleicht einfach nochmals zur Klärung: Wenn es um die finanzielle Unterstützung oder die mögliche finanzielle Unterstützung von flugnahen Betrieben geht, dann will der Bundesrat Sicherheit. Das will auch Ihr Rat, das will auch Ihre Kommission. Deshalb hat der Bundesrat in allen Beschlüssen stets festgehalten, dass das Vorhandensein von



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Ausserordentliche Session Mai 2020 • Dritte Sitzung • 05.05.20 • 15h30 • 20.039
Conseil national • Session extraordinaire mai 2020 • Troisième séance • 05.05.20 • 15h30 • 20.039



genügenden Sicherheiten die Voraussetzung für eine allfällige Unterstützung ist, Sicherheit vor allem dahingehend, dass Geld nicht ins Ausland fliesst und dass wir die Sicherheiten in der Schweiz haben wollen. Das heisst, die Sicherheiten müssen in der Schweiz sein, und es darf keinen Zugriff der ausländischen Mutter auf die inländische Tochter geben.

Deshalb hat der Ständerat beschlossen, und das übernimmt jetzt auch Ihre Kommission, den zweiten Satz in Artikel 102a Absatz 3, wie Sie ihn heute Morgen entschieden haben, zu streichen, weil dieser zweite Satz mehr verlangt. Er verlangt allenfalls Beteiligungsrechte an der Muttergesellschaft oder zusätzliche Sicherheiten. Der Bundesrat möchte ohnehin keine Beteiligungen an ausländischen Mutterkonzernen, deshalb kommt diese Situation gar nicht infrage. Der Bundesrat möchte aber auch nicht, dass er gezwungen wird, bei der Muttergesellschaft zusätzliche Sicherheiten einzuholen, vor allem, wenn es sich beim Mutterkonzern z. B. um einen chinesischen Konzern handelt, bei dem man nicht einmal genau weiss, wer dort am Steuer sitzt. Der Bundesrat möchte also nicht, dass man sich noch von der Zustimmung der Mutter abhängig macht. Deshalb will er diese Abhängigkeit nicht.

Wenn wir es schaffen, die Sicherheiten in der Schweiz zu haben, dann wählen wir diese Option; wenn das nicht geht, dann müssen wir eine andere Lösung suchen. So habe ich das heute auch in Ihrer Kommission gesagt. Der Bund sucht keine Beteiligungen bei ausländischen Konzernen in diesem Bereich, aber er will sich auch nicht von einer allfälligen Zustimmung eines ausländischen Konzerns abhängig machen.

In diesem Sinne danke ich auch Ihrer Kommission für die sehr gute und konstruktive Diskussion und kann die gefundene Lösung gerne unterstützen.

Angenommen – Adopté